



Rathaus Umschau

Dienstag, 7. Januar 2020

Ausgabe 003

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› AWM sammelt Christbäume kostenfrei ein	3
› Stadtratshearing „Autofreie Altstadt“ auch als Livestream	4
› Befreiung von der Zweitwohnungsteuer für das Jahr 2019	5
› Scharfreiter- und Hohenschwangauplatz werden umgestaltet	6
› Arbeitslosenquoten im Dezember 2019	6
› Ausstellungsführung im Münchner Stadtmuseum	7
Antworten auf Stadtratsanfragen	8
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	12

Terminhinweise für Medien

Mittwoch, 8. Januar, 9 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Stadtratshearing zum Thema „Autofreie Altstadt“. Das Hearing wird auch als Livestream im Internet angeboten unter muenchen.de/stadtrat-live.
(Siehe auch unter *Meldungen*)

Wiederholung

Mittwoch, 8. Januar, 10.30 Uhr, Rathaus, Raum 209

Bürgermeisterin Christine Strobl und Sozialreferentin Dorothee Schiwy stellen zusammen mit der Vorsitzenden des Behindertenbeirats Nadja Rackwitz-Ziegler und dem Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt München Oswald Utz die neue Broschüre des 2. Aktionsplans zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention (UN BRK) vor. Die UN BRK ist ein Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Mit dem 2. Aktionsplan sind in Fortschreibung zum 1. Aktionsplan weitere konkrete inklusive Maßnahmen in der Landeshauptstadt München realisiert worden, um die volle gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt München weiter voranzutreiben.

Freitag, 10. Januar, 11.45 Uhr, Söltlstraße 29

Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU-Fraktion) gratuliert dem Münchner Bürger Georg Rieder im Namen der Stadt zum 100 Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Montag, 13. Januar, 19.30 Uhr, Gaststätte „Mehlfeld's“, Gardinistraße 98 a (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 20 (Hadern).

Dienstag, 14. Januar, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 14. Januar, 19.30 Uhr, Bayerische Landesbank, Arkadensaal, Oskar-von-Miller-Ring 3 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).



**Dienstag, 14. Januar, 19.30 Uhr, Ledigenheim, Bergmannstraße 35
(nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit der Vorsitzenden Sibylle Stöhr statt.

Dienstag, 14. Januar, 19.30 Uhr, Gemeindesaal der Erlöserkirche, Ungererstraße 17 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing-Freimann).

Dienstag, 14. Januar, 19.30 Uhr, Saal des Gehörlosenzentrums, Lohengrinstraße 11 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde statt.

Dienstag, 14. Januar, 19 Uhr, Bürgerzentrum Rathaus Pasing, Großer Sitzungssaal, Landsberger Straße 486 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing-Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Romanus Scholz statt.

**Dienstag, 14. Januar, 19 Uhr, Vereinsheim, Eversbuschstraße 161
(nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 23 (Allach-Untermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit der Vorsitzenden Heike Kainz statt.

Meldungen

AWM sammelt Christbäume kostenfrei ein

(7.1.2020) Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) bietet den Münchnerinnen und Münchnern auch in diesem Jahr zahlreiche Möglichkeiten, ihre Christbäume kostenfrei zu entsorgen. Alle Christbäume können während der üblichen Öffnungszeiten an den Münchner Wertstoffhöfen abgegeben werden. Darüber hinaus richtet der AWM 27 Sammelstellen ein, verteilt über das gesamte Stadtgebiet.

Kommunalreferentin und 1. Werkleiterin des AWM, Kristina Frank: „Nach dem Dreikönigstag haben die Christbäume ihren schönen Zweck erfüllt und kommen weg. Der AWM sammelt die Bäume kostenfrei ein, wenn sie zu den zahlreichen Sammelstellen in der Stadt gebracht werden. Ein toller

Service für alle, die ihren Christbaum nicht im eigenen Garten kompostieren können.“

Die Sammelstellen befinden sich an Münchner Schulen und Kindertagesstätten. Dort können die Bäume ab sofort bis Donnerstag, 9. Januar, jeweils von 8 bis 17 Uhr abgegeben werden. Die genauen Adressen hat der AWM im Faltblatt „Wohin mit dem Christbaum?“ zusammengefasst, das auch unter www.awm-muenchen.de/Christbaum zu finden ist.

Außerdem konnten dieses Jahr erstmalig weitere sechs öffentliche Flächen als Sammelstellen eingerichtet werden:

- Adalbertstraße, gegenüber Hausnummer 106, Maxvorstadt
- Schwindstraße 23/Ecke Schellingstraße, Maxvorstadt
- Erika-Mann-Straße/Ecke Grete-Mosheim-Straße, Neuhausen-Nymphenburg
- Adams-Lehmann-Straße 20, Schwabing-West
- Rudi-Hierl-Platz, Maxvorstadt
- Thorwaldsenstraße/Ecke Lothstraße, Neuhausen-Nymphenburg

Kristina Frank: „Es freut mich besonders, dass wir den Wunsch der Münchner Bevölkerung, mehr Sammelstellen für Christbäume auszuweisen, dieses Jahr erfüllen können. Auf diesen öffentlichen Flächen können die Bäume noch bis Freitag, 7. Februar, abgelegt werden.“

Zusätzlich bietet der AWM auf seiner Webseite einen elektronischen Sammelstellen-Finder an. Nach Eingabe von Straße und Hausnummer kann man die nächstgelegene Christbaum-Abgabestelle herausfinden.

Hausverwaltungen haben ab einer Stückzahl von mindestens 20 Christbäumen außerdem die Möglichkeit, Christbäume gegen Gebühr von Sammelplätzen in Wohnanlagen abholen zu lassen. Bestellungen werden über das AWM Infocenter unter der Telefonnummer 233-96200 entgegengenommen.

Damit die Christbäume fachgerecht verwertet werden können, bittet der AWM, alle Bäume vollständig abzuschnücken. Eine weitere ökologisch sinnvolle Möglichkeit der Christbaumentsorgung ist die Kompostierung im eigenen Garten.

Alle Informationen rund um die Christbaumentsorgung sind online unter www.awm-muenchen.de oder über das Infocenter des AWM unter der Telefonnummer 233-96200 erhältlich.

Stadtratshearing „Autofreie Altstadt“ auch als Livestream

(7.1.2020) Am Mittwoch, 8. Januar, von 9 bis 13 Uhr, findet ein Stadtratshearing zum Thema „Autofreie Altstadt“ im Rathaus, Großer Sitzungssaal, statt. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten anderer Städte und aus unterschiedlichen Fachrichtungen diskutiert der Stadtrat unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dieter Reiter Strategien, wie in Innenstädten der

Autoverkehr zugunsten von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrenden reduziert werden kann, um die Aufenthaltsqualität zu steigern. Das Hearing wird jetzt auch als Livestream im Internet angeboten unter muenchen.de/stadtrat-live.

Die Münchner Altstadt ist sehr belebt und beliebt. Hier treffen vielfältige Ansprüche, wie Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Kultur und Tourismus, aufeinander. Diese müssen bei den Planungen ebenso berücksichtigt werden wie die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs. Ziel ist es, den Stadtkern zu einem großräumigen Begegnungsort zu machen, in dem Fußgängerinnen und Fußgänger das Straßenbild prägen und eine hohe Aufenthaltsqualität genießen. Wie das funktionieren kann, stellen in dem Stadtratshearing unter anderem Andrea Faast von der Wirtschaftskammer Wien und Tobias Eschenbacher, Oberbürgermeister der Stadt Freising, vor. Gemeinsam soll insbesondere diskutiert werden, welche Maßnahmen sich auch für München eignen.

Mit dem Grundsatzbeschluss „Autofreie Altstadt“ vom 26. Juni 2019 hat sich die Landeshauptstadt München zu dem Ziel bekannt, den Autoverkehr zu minimieren und dafür umweltfreundliche Verkehrsformen zu fördern. Langfristig sollen die Maßnahmen einen Beitrag zur Verkehrswende leisten. Weitere Informationen unter <https://t1p.de/Autofreie-Altstadt>.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

Befreiung von der Zweitwohnungsteuer für das Jahr 2019

(7.1.2020) Die Stadtkämmerei weist darauf hin, dass Anträge auf Befreiung von der Zweitwohnungsteuer für das Jahr 2019 auf Grund der in Artikel 3 Absatz 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) festgelegten Einkommensgrenzen bis Freitag, 31. Januar bei der Stadtkämmerei, eingegangen sein müssen. Anträge, die nach dem 31. Januar eingehen, können nicht berücksichtigt werden.

Der formlose Antrag kann schriftlich auf dem Postweg (Stadtkämmerei, SKA 4.2 Zweitwohnungsteuer, Herzog-Wilhelm-Straße 11, 80331 München), per Telefax an 233-24678 oder per E-Mail an zwst.kasta.ska@muenchen.de gestellt werden.

Die Befreiung von der Zweitwohnungsteuer ist dann zu gewähren, wenn die Summe der positiven Einkünfte des beziehungsweise der Steuerpflichtigen im vorletzten Jahr vor dem Entstehen der (Zweitwohnung-)Steuerpflicht 29.000 Euro nicht überschritten hat. Bei nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten und Lebenspartnerschaften kann sich die Freigrenze – in Abhängigkeit von den individuellen Einkommensverhältnissen der Ehegatten/Lebenspartner – auf bis zu 37.000 Euro erhöhen.

Die Frist für die Beantragung der Befreiung von der Zweitwohnungsteuer auf Grund geringen Einkommens für das Veranlagungsjahr 2020 endet erst zum 31. Januar 2021.

Mehr Infos unter www.muenchen.de/zweitwohnungsteuer.

Rathaus Umschau
7.1.2020, Seite 5

Scharfreiter- und Hohenschwangauplatz werden umgestaltet

(7.1.2020) Die öffentlichen Grünflächen am Scharfreiter- sowie am Hohenschwangauplatz in Obergiesing werden aufgewertet und umgestaltet. Dafür hat der Stadtrat dem Baureferat am 5. November 2019 die Ausführungsgenehmigung erteilt. Die beiden Grünflächen bieten derzeit aufgrund der raumgreifenden Gehölzbestände, von einigen wenigen Sitzbänken abgesehen, praktisch keine Freiraumangebote mehr. Zukünftig sollen die Flächen für alle Bevölkerungsgruppen wieder nutzbar gestaltet und dafür die Ausstattung grundlegend erneuert werden. Das Planungskonzept hierfür spiegelt die Anregungen aus der vorangegangenen Bürgerbeteiligung, des Bezirksausschusses Obergiesing-Fasangarten sowie der örtlichen Koordinierungsgruppe Soziale Stadt wider. Demnach ist eine umfangreiche Reduzierung der Strauchbestände vorgesehen, um wieder offene Wiesen- und Rasenflächen zu schaffen. Dabei bleiben die Bestandsbäume weitestgehend erhalten. In Teilbereichen ist es jedoch nötig, als Vorabmaßnahme vier Bäume und weiteres Gehölz zu entfernen. Die betroffenen Gehölzflächen wurden vorab artenschutzrechtlich begutachtet.

Die Maßnahme ist mit der Unteren Naturschutzbehörde sowie dem Bezirksausschuss abgestimmt. Die Arbeiten beginnen in dieser Woche und werden voraussichtlich bis Ende des Monats abgeschlossen. Im Frühjahr beginnen dann die Umbau- und Aufwertungsarbeiten zunächst am Hohenschwangauplatz. Bis voraussichtlich Ende 2020 wird das Projekt inklusive der Neupflanzung von 45 Bäumen abgeschlossen. Die Kosten liegen bei 2,5 Millionen Euro. Das Projekt wird vom Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt gefördert.

Achtung Redaktionen: Mehr Informationen finden sich in den Beschlüssen des Bauausschusses vom 28. Juni 2016 und 5. November 2019 (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20/V 05403 und 14-20/V 16863).

Arbeitslosenquoten im Dezember 2019

(7.1.2020) Witterungsbedingt ist die Arbeitslosigkeit im **Agenturbezirk München** im Dezember leicht gestiegen. So waren 33.908 Personen arbeitslos gemeldet, 849 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote (alle Erwerbspersonen) erhöhte sich auf 3,2 Prozent (November 3,1 Prozent). Die Zahl der Arbeitslosen **im Bund** ist von November auf Dezember um rund 47.000 auf 2,227 Millionen gestiegen. Die Arbeitslosenquote nahm um 0,1 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent zu (November 4,8 Prozent). Die Arbeitslosenquote für Westdeutschland beträgt 4,6 Prozent, für Ostdeutschland 6,2 Prozent.

Auf Länderebene erhöhte sich in **Bayern** saisonbedingt die Arbeitslosenquote auf 2,8 Prozent (November 2,7 Prozent).



Ausstellungsführung im Münchner Stadtmuseum

(7.1.2020) Am Freitag, 10. Januar, findet im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, um 16 Uhr eine Führung durch die Dauerausstellung „Migration bewegt die Stadt. Perspektiven wechseln“ statt. Münchnerinnen und Münchner mit Migrationshintergrund führen gemeinsam mit Mitgliedern des Kuratoren-Teams durch die Ausstellung und lassen dabei ihre persönlichen wie fachlichen Erfahrungen und Sichtweisen einfließen. Das Tagesticket kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro; die Teilnahme kostet 3 Euro.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 7. Januar 2020

Zeitplan für den Neubau der Karlsfelder Straße

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Renate Kürzdörfer, Christian Müller, Heide Rieke und Julia Schönfeld-Knor (SPD-Fraktion) vom 3.9.2019

Zeitplan für den Neubau der Karlsfelder Straße

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Renate Kürzdörfer, Christian Müller, Heide Rieke und Julia Schönfeld-Knor (SPD-Fraktion) vom 3.9.2019

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 3.9.2019 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

Für die im Betreff genannte Anfrage ist die geschäftsordnungsgemäße Frist am 15.10.2019 abgelaufen. Eine Behandlung Ihrer Anfrage in der vorgegebenen Frist ist aufgrund der erforderlichen Abstimmungen und weiterer dringlicher Klärungen und Erledigungen leider nicht möglich. Mit Schreiben vom 15.10.2019 wurde daher eine Terminverlängerung bis 13.12.2019 beantragt, der nicht widersprochen wurde.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

Der vor vielen Jahren bereits beschlossene Ausbau mit Neutrassierung der Karlsfelder Straße im Bereich der Siedlung Ludwigsfeld sei bisher an privatrechtlichen Streitigkeiten gescheitert sowie daran, dass mittlerweile die Brücke über das Schwabenbächl unter Denkmalschutz gestellt sei.

Nun zeichne sich offenbar sowohl ein Ende des Rechtsstreits als auch eine Einigung über den Standort der neuen notwendigen Brücke ab. Es werde ausdrücklich betont, dass der Ausbau der Karlsfelder Straße, unabhängig vom angelaufenen Verfahren für ein neues Strukturkonzept, dringlich sei, um endlich den massiven Durchgangsverkehr aus den engen Straßen der Siedlung Ludwigsfeld fernhalten zu können.

Frage 1:

Welche Hindernisse bestehen derzeit noch für einen zügigen Ausbau der Karlsfelder Straße im Bereich der Siedlung Ludwigsfeld? Wie ist insbesondere der aktuelle Stand des Rechtsstreits um die Trasse auf privatem Grund?

Antwort:

Der Rechtsstreit, der jahrelang den Ausbau der Karlsfelder Straße blockiert hatte, ist in der Tat beigelegt. Eine Einigung zeichnete sich bereits seit mehreren Monaten ab, nunmehr hat uns der anwaltschaftliche Vertreter der MAN informiert, dass die Vereinbarung auch formell abgeschlossen werden konnte. Hierdurch ist auf der privatrechtlichen Seite ausreichende

Sicherheit geschaffen worden, dass nunmehr die weiteren erforderlichen Planungsschritte eingeleitet werden können.

Frage 2:

Ist ein neuer Standort für eine Brücke über das Schwabenbächl gefunden?

Antwort:

Über die Lage einer neuen Brücke über das Schwabenbächl besteht verwaltungsintern grundsätzlich Einigkeit. Die Querung des Schwabenbächls ist nunmehr ca. 40 m südlich der bisherigen Brücke vorgesehen.

Da hier aber ein Eingriff in ein kartiertes Biotop vorliegt, sind noch die konkreten Auswirkungen und die damit verbundenen erforderlichen Maßnahmen abzustimmen. Dies soll im Rahmen eines vereinfachten Bebauungsplanverfahrens nach § 13 BauGB geschehen.

Grundsätzlich ist dieser Standort aber bereits mit der Unteren Naturschutzbehörde vorabgestimmt.

Frage 3:

Welche Planungsschritte sind jetzt erforderlich, insbesondere auch hinsichtlich des auf MAN-Grund vorgesehenen Parkhauses?

Antwort:

Wie unter Ziffer 2 dargelegt, wird ein Bebauungsplanverfahren nach § 13 BauGB durchgeführt. Als erster Schritt ist der Ausgang der derzeit bereits laufenden naturschutzfachlichen Untersuchungen zu Eingriff und Artenschutz für diesen Bereich abzuwarten. Insgesamt rechnen wir, die Klärung der naturschutzfachlichen Fragen im Jahr 2020 abschließen zu können.

Nach abschließender Klärung dieser Fragen können die weiteren Verfahrensschritte wie die Bürgerbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange eingeleitet werden.

Parallel kann dann auch das Baureferat um die Durchführung der planungsvorbereitenden und der konkreten straßenplanerischen Schritte gebeten werden. Für die vorbereitenden und konkreten straßenplanerischen Verfahrensschritte sind in der Summe ca. zwei Jahre zu veranschlagen.

Ein Parkhaus im Bereich der bestehenden Stellplatzanlage ist nicht mehr beabsichtigt, allerdings sind die bestehenden Stellplätze neu zu organisieren, um die künftige Trasse freizuhalten.

Frage 4:

Wann ist mit dem Beginn der Bauarbeiten an der Straße zu rechnen?



Antwort:

Die konkreten Bauarbeiten können grundsätzlich begonnen werden, wenn die vorhandenen Stellplätze auf MAN-Grund verlagert werden können. Damit ist aus heutiger Sicht für Ende 2022, Anfang 2023 zu rechnen.

Frage 5:

Wann ist mit der Fertigstellung des Straßenausbaus zu rechnen?

Antwort:

Nach Angaben des Baureferates sind für die Baudurchführung ein bis ein- einhalb Jahre zu veranschlagen, so dass mit einer Fertigstellung ca. 2024 zu rechnen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 7. Januar 2020

Öffentlich finanzierte Software öffentlich zugänglich machen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider,
Tobias Ruff und Johann Sauerer (ÖDP)



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 07.01.2020

Antrag **Öffentlich finanzierte Software öffentlich zugänglich machen**

Die Stadt München verfolgt ab sofort offiziell das Ziel, dass öffentlich finanzierte Software-Programme, die für die öffentliche Verwaltung entwickelt wurden, unter einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz öffentlich zugänglich gemacht werden müssen.

Dies wird sie mit ihrer eigenen Software im Rahmen des geltenden Rechts so handhaben. Zudem versucht sie den Städtetag und andere Gremien zu überzeugen, dass das Bundes- und EU-Recht an dieses Ziel angepasst wird.

Zusätzlich wird sie offizielle Unterstützerin der Kampagne "Public Money? Public Code!" der Free Software Foundation Europe (FSFE).

Begründung

Solche Software können alle Städte und Gemeinden sowie Privatpersonen und Firmen kostenlos nutzen, soweit sie für ihre Zwecke geeignet ist. Ebenso profitiert die Stadt München von Freier Software. Andere Städte unterstützen diese Initiative bereits und je mehr sich anschließen, desto kostengünstiger und effektiver wird die Software-Erstellung und -Beschaffung.

Dieses Freie-Software- und Open-Source-Prinzip gibt es seit Jahrzehnten und viele Privatleute, Firmen und andere Organisationen veröffentlichen entsprechende Software und arbeiten teilweise auch gemeinsam, z.B. für das kostenlose Büroprogramm LibreOffice.

Die Free Software Foundation Europe (FSFE) stellt in ihrem "Open Letter" zur Kampagne fest: "Die von unseren öffentlichen Verwaltungen angebotenen und genutzten digitalen Dienste sind die kritische Infrastruktur demokratischer Nationen des 21. Jahrhunderts. Um vertrauenswürdige Systeme zu etablieren, müssen öffentliche Stellen sicherstellen, dass sie die vollständige Kontrolle über die Software und die Computersysteme im Kern unserer staatlichen digitalen Infrastruktur haben. Doch im Moment ist dies aufgrund restriktiver Softwarelizenzen nur selten der Fall.

Diese Softwarelizenzen:

- Untersagen die Weitergabe und den Austausch von öffentlich finanziertem Code. Dies verhindert Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Verwaltungen und behindert die weitere Entwicklung.
- Fördern Monopole, indem sie den Wettbewerb behindern. Infolgedessen werden viele Verwaltungen von einer Handvoll Unternehmen abhängig.

ÖDP - Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Zimmer 174 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 - 92835 • E-Mail: t.ruff@oedp-muenchen.de

- Stellen eine Bedrohung für die Sicherheit unserer digitalen Infrastruktur dar, indem sie den Zugriff auf den Quellcode verbieten. Dies macht das Beheben von Hintertüren und Sicherheitslöchern extrem schwierig, wenn nicht gar unmöglich."¹

Tobias Ruff (ÖDP)

Sonja Haider (ÖDP)

Johann Sauerer (ÖDP)

1 <https://publiccode.eu/de/openletter>